

In der Weststadt droht die nächste Bombenräumung

„Mit hoher Wahrscheinlichkeit“ weiterer Blindgänger gefunden – S-Arena bleibt zunächst offen

Von Elena Everding



Ende Juli sprengte der KBD fünf Blindgänger kontrolliert (Foto). Nun könnte eine weitere Evakuierung anstehen, wenn sich der Verdacht bestätigt. Foto: Thomas Meder

Göttingen. Den Weststädtern steht vermutlich die nächste Evakuierung aufgrund einer Bombenentschärfung bevor. „Mit hoher Wahrscheinlichkeit“ haben die Fachleute während der laufenden Sondierungen einen weiteren Blindgänger zwischen Sparkassen-Arena und

Leineufer entdeckt. Das teilte die Stadtverwaltung am Dienstag mit. Gesperrt werden muss das Gebäude jedoch zunächst nicht.

„Verdächtige Signale“ hätten die Messungen an einem Punkt im Sondierungsgebiet am Schützenplatz ergeben. Der niedersächsische Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) habe daher bei einer sogenannten technischen Vorerkundung die Stelle näher untersucht. Das Ergebnis: Es handelt sich sehr wahrscheinlich um einen Blindgänger, der entschärft oder kontrolliert gesprengt werden muss.

Sondierungsgebiet in Weststadt weiter gesperrt

Zur Sicherheit wird der Punkt zunächst mit Containern abgedeckt. Im Zuge der weiteren Sondierungen werde der KBD schließlich einen Termin vorbereiten, um die mutmaßliche Bombe unschädlich zu machen. Die Stadt erinnerte in einer Mitteilung daran, dass das abgesperrte Sondierungsgebiet nicht betreten werden darf. Das betrifft auch die Skateanlage am Schützenplatz. Das Verbot werde auch kontrolliert. „Die Gefahrenlage im Sondierungsgebiet hat sich grundsätzlich nicht geändert“, hieß es in der Mitteilung.

Der Verdachtspunkt liegt von der S-Arena weit genug entfernt, sodass das bestehende Sperrgebiet nicht ausgeweitet werden muss. Der KBD setzt die Flächensondierung wie geplant fort, parallel dazu ebenso die Sondierungsarbeiten an der Godehardstraße. Ab Mitte September, laut Planung ab dem 19. September, untersuchen die Fachleute den Bereich nahe der S-Arena. Dafür muss sie bis voraussichtlich Mitte Oktober gesperrt werden.

Wann genau die Evakuierung für eine Entschärfung oder Sprengung stattfinden soll, will die Stadt zum Ende der Sondierungen festlegen. Der Termin hänge davon ab, ob und welche weiteren Kampfmittel in dem Areal entdeckt werden. Im Vorfeld der Maßnahmen ist eine Grundwasserabsenkung notwendig, eventuell kämen weitere „zeitintensive Vorbereitungsmaßnahmen“ hinzu. Für die Anwohnerinnen und Anwohner im 1000-Meter-Radius um den Fundort und auch die Nutzer der S-Arena ändere sich zunächst nichts, so die Stadtverwaltung.

Eigentlich wollte die Stadt die Gashochdruckleitung nahe der vorheri-

gen Fundstellen nach der Sprengung von fünf Blindgängern Ende Juli bis Anfang Oktober wiederherstellen. Diesen Zeitplan könne man nun angesichts des neuen Verdachtspunktes nicht mehr einhalten, teilte die Stadt mit. Somit dürfte auch die Skateanlage so bald nicht wieder öffnen – dafür müssten die Leitungen wieder in Betrieb sein. Als Ersatz hat die Stadt eine Fläche auf dem Jahnstadion-Parkplatz mit Skate-Modulen ausgestattet.

Der KBD sondiert seit dem 22. August mit Unterstützung der Spezialfirma Schollenberger die gesamte Fläche zwischen S-Arena und Leine. Bereits am Tag nach der erfolgreichen Sprengung von fünf Weltkriegsbomben am 30. Juli hatte der Erste Stadtrat Christian Schmetz (CDU) angekündigt, dass dies voraussichtlich nicht die letzte Evakuierung war.

Ratsfraktionen fordern Unterstützung vom Land

Angesichts dessen hatten die Stadt und ebenso die Ratsfraktionen finanzielle Unterstützung des Landes für künftige Räumungen gefordert. Nun stellen alle Fraktionen einen gemeinsamen Antrag. Demnach soll sich die Stadtverwaltung dafür einsetzen, dass die Landesregierung einen niedersachsenweiten Sondertopf für die Nebenkosten bei Bombenräumungen einrichtet.

„Eine Summe in der Größenordnung von 700000 Euro sprengt sämtliche Ansätze im Haushaltsplan, die für solche Zwecke eingeplant sein könnten“, heißt es in dem Antrag. Die Stadt Göttingen stehe mit dem Problem nicht alleine da. Der Rat solle sich dem Antrag zufolge einem entsprechenden Vorstoß von Schmetz anschließen, welcher bei der Landesregierung „vorfühlen“ will. Das Gremium tagt am Freitag, 16. September, um 16 Uhr im Neuen Rathaus.

Die Gefahrenlage im Sondierungsgebiet hat sich grundsätzlich nicht geändert.

Mitteilung der Stadtverwaltung